

NETZTELEGRAMM

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein · Mosel · Saar

März 2008

www.oekumenisches-netz.de

Liebe LeserInnen,

die Artikel im ersten Netz-Telegramm des Jahres 2008 geben einen inhaltlichen Einblick in die aktuellen Schwerpunkte und Diskussionen im Netz. Bei den folgenden Terminen besteht die Gelegenheit für alle Interessierten, diese Schwerpunkte mit anderen zu diskutieren:

14.6., 9.30-16h, KHG Koblenz

„Weltladen und / oder soziale Bewegung – Welche Rolle spielen die Weltläden in der globalisierungskritischen Bewegung?“

Netzversammlung mit den Referenten: Guido Groß / KHG Koblenz und Niklas Reese / Philippinenbüro, Uni Bonn

22.11.08, 9.30-16h, Ort noch unklar

Netz- und Mitgliederversammlung

Thema wird die Diskussion und evtl. Verabschiedung des Papiers „Migration und Flucht“ sein.

Wir würden uns freuen, wenn Sie sich diese Termine vormerken und sich in die Netz-Arbeit einbringen würden,

viele Grüße,

Patric Ferenich

Inhalt

Der Ilisu-Staudamm	1f
Abschiebung aus der „Stadt zum Bleiben“	4
Höchstleistungen für Adidas – keine Medaille für chinesische Arbeitsbedingungen	4f
Nachrichten aus der Region	5
Mitglieder stellen sich vor	6
Friedensbewegung: Truppen abziehen!	7
Termine	8

Der Ilisu-Staudamm

Vertreibung und Kulturzerstörung für Profite von Züblin und DekaBank

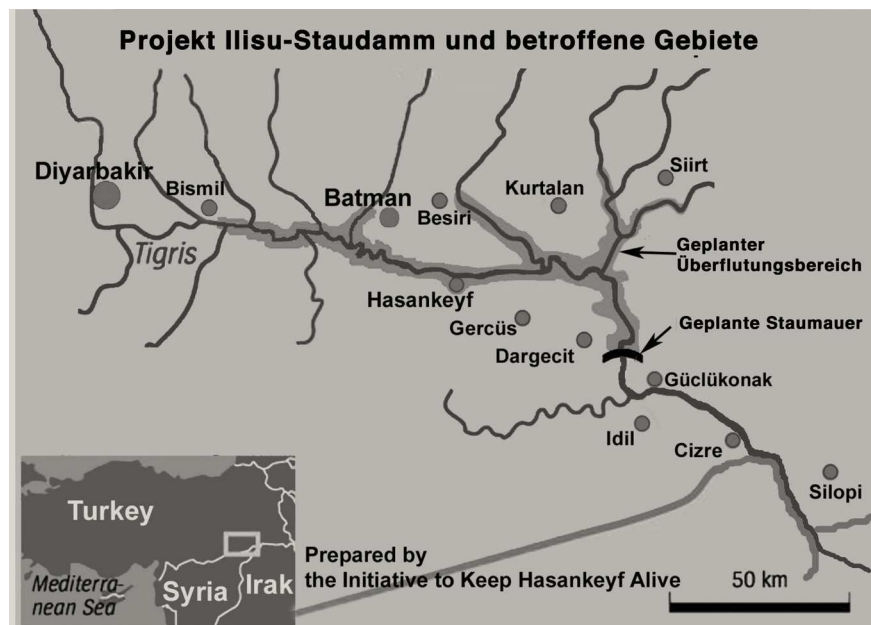
Interessante Zusammenhänge brachte bei einer Veranstaltung des Koblenzer Sozialforums die Projektleiterin der Umwelt- und Entwicklungsorganisation WEED Heike Drilisch aus Berlin zu Tage. Die Ethnologin berichtete in der Christuskirche über das Ilisu-Staudammprojekt im Südosten der Türkei, das europaweit Proteste hervorruft. Die Veranstalter zogen aus dem Vortrag auch Parallelen zum Koblenzer Zentralplatz, denn in beiden Fällen ist einer der Hauptakteure das Stuttgarter Unternehmen Züblin.

Mit internationaler Beteiligung plant die türkische Regierung ihr derzeit größtes Wasserkraftwerk: den Ilisu-Staudamm. Er soll den Tigris kurz vor der Grenze zu Syrien und Irak im überwiegend kurdisch bewohnten Südosten des Landes aufstauen. Sollte er gebaut werden, wären Massenumsiedlungen, Armut, Umwelt- und Kulturgüterzerstörung sowie die Verschärfung des Wasserkonflikts in Nahost die Folge. Dennoch wollen sich europäische Unternehmen, darunter die Stutt-

garter Baufirma Züblin, an dem Projekt beteiligen. Die in Frankfurt ansässige DekaBank, ein Zentralinstitut der deutschen Sparkassenorganisation, trägt zur Finanzierung bei. Züblin wird im Rahmen des Projekts den Umleitungstunnel bauen, die DekaBank ist als einer der Finanziers für die Zürcher Kantonalbank eingespungen, die sich nach Protesten gegen das geplante Projekt aus der Finanzierung zurückgezogen hat. Die Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz bewilligten Ende März 2007 Exportkreditversicherungen über ca. 450 Mio Euro. Der eigentliche Vertragsabschluss steht jedoch noch aus, da die türkische Seite sich weigert, Sanktionen im Falle des Bruchs von an die Bürgschaften geknüpften Auflagen zuzustimmen.

Soziale Folgen

Auf einem Gebiet von über 300 km² sollen ca. 200 Siedlungen überflutet werden. Über 55.000 Menschen würden ihre



Quelle: Thomas Schmidinger

bisherige Existenzgrundlage ganz oder teilweise verlieren. Obwohl ein überarbeiteter Umsiedlungsplan erstellt wurde, ist nicht klar, wie die Betroffenen neue Einkommensmöglichkeiten erhalten sollen. Ersatzland steht kaum zur Verfügung. In der Region herrscht bereits hohe Arbeitslosigkeit, die durch die Umsiedlungen noch verstärkt würde. Die Bürgermeister der umliegenden Städte haben klargemacht, dass sie sich nicht in der Lage sehen, den Zuzug zehntausender Umsiedlungsoffer zu verkraften.

Aufgrund der Bürgerkriegsflüchtlinge in den 80er/90er Jahren sind die Armenviertel der Städte bereits stark angewachsen. Entwurzlung und Perspektivlosigkeit führen zu massiven psychosozialen Problemen, die sich in hohen Selbstmordraten, insbesondere unter Frauen und Mädchen, äußern.

Politische Konflikte

Nach einigen Jahren der Waffenruhe nehmen die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Kurdischen Arbeiterpartei PKK und dem Militär seit 2004 wieder zu. Ende März 2006 kam es in Zusammenhang mit Militäroperationen zu mehreren Todesfällen von Zivilisten, was zu Massendemonstrationen in den Provinzhauptstädten führte, die wiederum mit militärischer Gewalt bekämpft wurden. Seit Anfang 2008 führt die Türkei Krieg gegen die PKK auf irakischem Boden. Folter und Menschenrechtsverletzungen kommen nach wie vor häufig vor. In diesem Klima der Repression ist es den Betroffenen kaum möglich, ihre Meinung frei zu äußern. Außerdem werden sie unzureichend über das Projekt informiert.

Ökologische Folgen

Die Aufstauung des Wassers wird zu dramatischen Änderungen der Flusshydrologie und Biodiversität in der Region führen. Der Lebensraum verschiedener bedrohter Tierarten wird überflutet werden, der Grundwasserspiegel dammbwärts wird absinken, das Mikroklima wird sich verändern und eine Zunahme von Malaria ist zu erwarten. Da die Abwässer aus Landwirtschaft und Dörfern überwiegend ungeklärt in den See fließen werden, wird die stark abnehmende Wasserqualität möglicherweise zu einem massiven Fischsterben führen. Der Staudamm wird gravierende Auswirkungen auf die Existenzgrundlage und die Gesundheitssituation der Bevölkerung haben.

Kulturzerstörung

Das Gebiet, auf dem der Ilisu-Stausee errichtet werden soll, beherbergt eine Vielzahl historisch bedeutsamer Stätten. Diese sollen einem Projekt mit einer Lebensdauer von 50-100 Jahren zum Opfer fallen. Bereits in der Steinzeit siedelten sich hier Menschen an, errichteten vor über 9000 Jahren feste Siedlungen, betrieben Ackerbau und begannen, Tempel zur Verehrung von Göttern zu errichten. Später kreuzten sich Assyrer, Perser, Griechen, Römer, Abassiden, Byzantiner und Seldschuken. Der Ilisu-Staudamm würde die Spuren dieser Kulturen für immer auslöschen. Insbesondere die antike Stadt Hasankeyf, welche zum Teil zerstört wurde, besitzt für die lokale Bevölkerung einen hohen Symbolwert. Mit der Überflutung ginge zudem die einzigartige heute existierende Kulturlandschaft des Tigristals verloren.

Auch Spuren aus der jüngsten Vergangenheit, z.B. Hinweise auf Verbrechen während des Bürgerkriegs, würden unwiederbringlich zerstört. Während der Verlust der rezenten Kultur von den Projektbetreibern völlig ignoriert wird, wurde für die archäologischen Kulturgüter ein „Rettungsplan“ erstellt. Dieser ist jedoch weder so realistisch konzipiert, dass er umgesetzt werden könnte, noch der Bedeutung der kulturellen Güter angemessen.

Geostrategische Bedeutung

Der Ilisu-Staudamm ist Bestandteil des GAP (Südostanatolienprojekts), in dessen Rahmen 22 Staudämme geplant sind. Jeder weitere Damm gibt der türkischen Regierung die Möglichkeit, die Wasserzufuhr der Nachbarländer, vor allem die des Iraks, zu reduzieren. In der Vergangenheit ist dies schon mehrfach vorgekommen (z.B. während des Golfkriegs 1990/01). Um diesem vorzubeugen, sind im internationalen Völkerrecht für Projekte an grenzüberschreitenden Flüssen die Prinzipien frühzeitiger Information und Konsultation von Untertanliegern verankert worden. Die Türkei weigert sich jedoch, entsprechende Konventionen zu unterzeichnen. Die Regierungen Syriens und des Irak wurden bis Herbst 2006 nicht einmal offiziell über die Planungen informiert. Verhandlungen, wie sie das Völkerrecht vorsieht, kommen überhaupt erst langsam in Gang, eine Einigung zwischen Irak, Syrien und der Türkei ist noch nicht abzusehen. Abgesehen von der Möglichkeit, Wasser als Waffe einzusetzen, hat der Staudamm weitere gravierende Auswirkungen auf die Menschen in den Nachbarstaaten, da der Wasserabfluss des Tigris durch den Staudambau auf historische Tiefstände sinken würde und die Gesundheitsgefahren durch die Verschlechterung der Wasserqualität nicht an der Grenze halt machen.

Die Ilisu-Kampagne

Bereits in den Jahren 1998 bis 2002 sollte der Bau des Ilisu-Staudamms beginnen. Eine breite Kampagne, an der in Deutschland die entwicklungspolitische Organisation WEED intensiv beteiligt war, hat damals dazu geführt, dass die Exportkreditagenturen wie Hermes bestimmte Auflagen an die Bewilligung einer Bürgschaft knüpften und sich letztendlich ein Großteil des Konsortiums aus dem Projekt zurückzog. Seit 2004 unternimmt die türkische Regierung einen neuen Projektanlauf. 2005/2006 wurden eine überarbeitete Umweltverträglichkeitsprüfung und



ein Umsiedlungsplan veröffentlicht. Entgegen der Ankündigung des Konsortiums werden internationale Standards jedoch hierbei nicht eingehalten. Auch die 150 Auflagen, die die Exportkreditversicherungen an ihre Bürgschaften geknüpft und nach ihrer Entscheidung veröffentlicht



haben, sind nicht geeignet, die grundsätzlichen Probleme des Projekts zu lösen. Im Gegenteil, sie zeigen, dass nicht

einmal die grundlegenden Informationen über die betroffenen Menschen, die Auswirkungen auf die Umwelt und die von Überflutung bedrohten Kulturgüter vorliegen.

Dies stellt einen eklatanten Bruch mit Weltbankstandards dar. Bei den ersten Enteignungen im Staudammgebiet im Sommer 2007 wurden die Auflagen zudem komplett ignoriert und den Betroffenen völlig unzureichende Entschädigungsangebote gemacht. Die Baufirma Ed Züblin sah sich daher anlässlich ihrer Aktionärsversammlung im Juli 2007 bereits mit Protesten konfrontiert. Erste Kunden der DekaBank haben ihre Geldanlagen bei dem Geldinstitut gekündigt, nachdem seine Beteiligung an dem Ilisu-Projekt bekannt wurde. Gleichzeitig wächst der Widerstand vor Ort. In der Hasankeyf-Initiative haben sich ca. 70 Organisationen – von

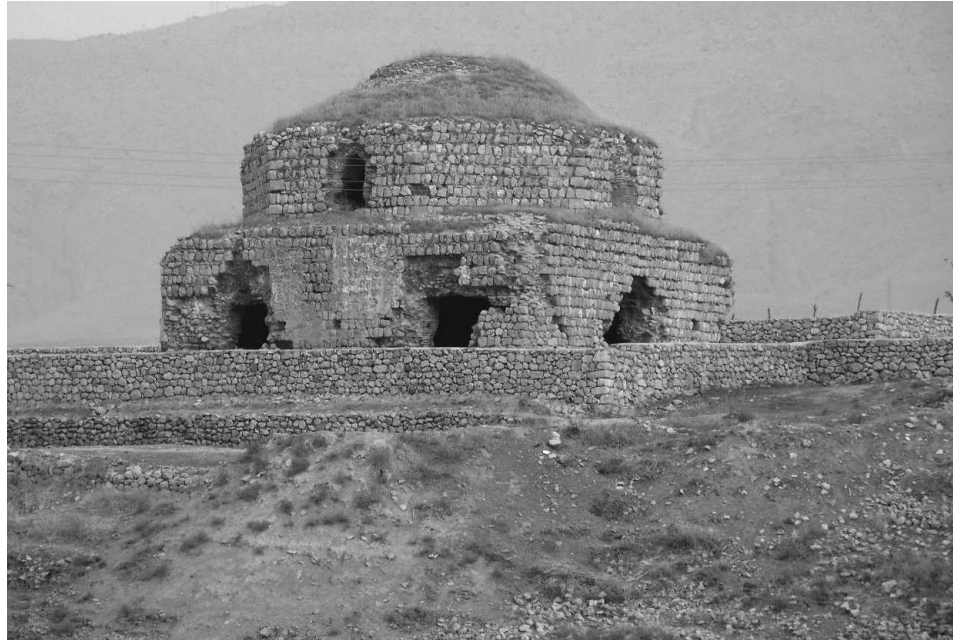
Hauptunternehmen im neuen Konsortium:

- Andritz (Österreich)
- Züblin (Deutschland)
- Alstom (Schweiz)

Finanzierende Banken:

- Société Générale (Frankreich)
- Bank Austria (Österreich)
- DekaBank (Deutschland)
- Akbank (Türkei)
- Garantibank (Türkei)

Gemeindevertretern über Anwalts- und Ingenieurskammern bis zu Vertriebenen- und Menschenrechtsorganisationen – zusammengeschlossen, um ihren Bedenken Gehör zu verschaffen. Sie machen deutlich, dass das Projekt auf mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung stößt und fordern alternative



Entwicklungsmodelle für die Region. In der ersten Märzwoche 2008 demonstrierten Betroffene vor der deutschen Botschaft in Ankara und kündigten den deutschen Repräsentanten an: Wenn der Staudamm mit deutschen Mitteln gebaut wird, schafft ihr selbst die Ursachen dafür, dass wir unsere Heimat verlassen und bei euch Zuflucht suchen müssen (s. rechte Spalte).

Überall dabei

Bereits in der Vergangenheit hat sich die Züblin AG an hoch kontroversen Projekten beteiligt. Dazu gehören der Xiaolangdi- Staudamm in China, der Ghazi Barotha-Staudamm in Pakistan sowie das Lesotho Highlands Water Project (LHWP) im südlichen Afrika, die alle von Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen heftig kritisiert werden. Das LHWP erregte im Jahr 2002 international Aufmerksamkeit, da der Konsortialführer zugeben musste, den Auftrag mit Hilfe von Bestechungsgeldern erhalten zu haben.

Die Beteiligung Züblins an all diesen Projekten und Züblins (nahezu sichere) Beauftragung für die Neugestaltung des Koblenzer Zentralplatzes sind, was das Ausmaß des Projektes und die humanitären Konsequenzen betrifft, natürlich nicht vergleichbar. Dennoch gibt es drei Parallelen: 1. Die betroffenen Bürger sind bei der Planung des Vorhabens nicht oder kaum konsultiert worden. 2. Der wirtschaftliche Nutzen ist höchst zweifelhaft. 3. Die lokale Politik spielt bei der Durchsetzung des Projekts eine aktive Rolle. Sie schafft die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Investoren, gegen den Protest der Bevölkerung.

Dieser Artikel ist redaktionell zusammengestellt aus zwei „fact sheets“ von Heik Drillisch, ihrem Vortrag beim Sozialforum und der Pressemitteilung des Sozialforums im Anschluss an die Veranstaltung, verfasst von Rainer Möller.

Bewohner des Tigristales fordern Asyl

Vom Ilisu-Staudamm-Projekt Betroffene aus dem Tigris-tal fuhren am 3.3.2008 nach Ankara zu den Botschaften von Deutschland, Österreich & der Schweiz, um gegen die Vergabe von Kreditversicherungen zu protestieren und Asyl bei diesen drei Ländern zu stellen. Am 4.3.2008 suchten etwa 100 Betroffene die Botschaften von Deutschland, der Schweiz und Österreich in Ankara auf und übergaben Protestschreiben von ca. 1.300 Menschen aus dem betroffenen Gebiet. In dem an die Regierungschefs gerichteten Protest-Schreiben fordern die Betroffenen die Rücknahme der Kreditversicherung für die beteiligten Unternehmen.

Anschließend wurde angekündigt, dass im Falle der Realisierung des Ilisu-Staudamm-Projektes und die damit erzwungene Aufgabe ihrer Dörfer die davon betroffenen Menschen nach Deutschland, in die Schweiz und nach Österreich kommen und dort Antrag auf Asyl stellen werden. Denn diese Länder und deren Unternehmen sind entscheidend dafür verantwortlich, dass tausende Menschen aus ihrer Heimat vertrieben werden.

Weitere Informationen und Quelle von Fotos, Lageplan und Logo: www.stopilisu.com

Abschiebung aus der „Stadt zum Bleiben“

Eine Buchvorstellung von Herbert Böttcher

Wie ‚Lokales‘ und ‚Globales‘ zusammenhängen: Genau um diesen Zusammenhang geht es in dem Buch zur Abschiebung aus dem Koblenzer Kirchenasyl. Das Schicksal der Familie Yildirim und deren Abschiebung haben bei vielen nachhaltige Spuren hinterlassen. Was Menschen dabei bewegt, wird in sehr persönlichen Beiträgen erinnert und dokumentiert. Diese Erfahrungen stehen gegen die Versuche von Politikern und ihrer medialen Begleiter, die Familie mit diffamierenden Formeln wie „arglistige Täuschung“, Asyl- und Sozialmissbrauch, Integrationsverweigerung zu überziehen – ohne einen Gedanken an deren verzweifelte Lebenslage zu verschwenden.

„Wie beurteilen Sie...“

...das Wohl der in der Türkei zurückgelassenen Kinder?“ Diese Frage von Ministerpräsident Beck – gerichtet an den Dekanatsrat des Dekanates Koblenz – ist symptomatisch für die Versuche von Politikern, Stimmung gegen die Yildirims zu machen. Dies und die monotone Versicherung rechtsstaatlicher Korrektheit trat an die Stelle einer politischen Diskussion. Mit der Rolle der Politik nebst medialer Begleitmusik setzt sich das Buch sachlich und satirisch auseinander. Neben Beck kommen die Reaktionen seines Innenministers Bruch, des Koblenzer Oberbürgermeisters und seines Ordnungsamtslei-

ters ebenso wie die Rolle von „Rhein-Zeitung“ und SWR zur Sprache.

„Lokales‘ ist ‚global‘.“

In den Stellungnahmen aus der Politik wird die Lebenslage der Familie Yildirim konsequent ausgeblendet. Gerade sie aber macht die Zusammenhänge zwischen ‚Lokalem‘ und ‚Globalem‘ deutlich. Da geht es u.a. um die bedrohliche Lage der Kurden und die Belieferung der Türkei auch mit deutschen Waffen, die im brutalen Kampf gegen die Kurden zum Einsatz kommen. Beschrieben wird die Politik der Abschreckung, Abschottung und Abschiebung, mit der unüberwindbare Barrieren für Menschen in Not und Verfolgung errichtet werden. Das Buch macht die Opfer sichtbar und reflektiert die Zusammenhänge von Globalisierung und Migration.

Die global agierende Firma Züblin

Ausgerechnet eine Firma, die in Projekte verstrickt ist, die zur Vertreibung von Menschen führen (s. Leitartikel), soll Hauptinvestor für die Umgestaltung des Koblenzer Zentralplatzes werden. Beschrieben werden die Zerstörung sozialer und ökologischer Lebensräume bei der Goldgewinnung in Peru und bei Staudammprojekten. Besonders pikant ist Züblins Beteiligung am Bau des Illisu-



Staudamms. Und nicht zuletzt ist Züblin durch Beschäftigung von jüdischen Zwangsarbeiterinnen mit den schlimmsten Seiten der deutschen Geschichte verbunden. Das alles ficht Politiker nicht an. Vereint mit der „Rhein-Zeitung“ bilden sie eine Mauer aus Ignoranz und Verschweigen.

Das Buch ist notwendig, weil es Gegenöffentlichkeit schafft. Seine Lektüre – so bestätigen Rückmeldungen – ist spannend und aufklärend zugleich. Selbst Skeptiker verändern ihre Sichtweisen. Erschrocken äußern sich viele über die Rolle von Politik und Staat. Den Herausgebern ist es gelungen, Betroffenheit und Zorn mit politischer Analyse und Reflexion, ‚Lokales‘ mit ‚Globalem‘ zu verbinden.

*Pax Christi Koblenz (Hg.), Abschiebung aus der „Stadt zum Bleiben“. Von Koblenz in die Türkei und mit Züblin zurück auf den Zentralplatz, Koblenz 2007, 240 Seiten, 10 Euro
Bezug: Netzbüro*

Höchstleistungen für Adidas – keine Medaille für chinesische Arbeitsbedingungen

Im Juni 2008 finden die Olympischen Sommerspiele in China statt. China rückt deshalb in den kommenden Monaten noch stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit als dies ohnehin der Fall ist. Rheinland-Pfalz ist seit 1989 durch eine Wirtschaftspartnerschaft mit der chinesischen Provinz Fujian verbunden. Deshalb werfen wir in den kommenden Monaten in regelmäßigen Abständen einen Blick auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in Fujian, die in der „Werkbank der Welt“ Güter unseres täglichen Lebens produzieren. Zu diesen Gütern gehören zum Beispiel Sportschuhe der zum Adidas-Konzern gehörenden Marke Reebok.

Shun Da Sporting Goods Corporation – so heißt eine der vielen Weltmarktfabriken, die in Fujian Sportschuhe für den globalen Markt herstellen. Einer der Hauptkunden von Shun Da ist Reebok, die Marke, die Anfang 2006 von Adidas aufgekauft wurde. Seit Adidas Reebok übernommen hat, haben sich die Arbeitsbedingungen beim Zulieferer Shun Da verschlechtert: So mussten die Beschäftigten von August bis Dezember 2006 durchschnittlich 322,5 Stunden pro Monat arbeiten, dies sind ca. 80 Stunden pro Woche. Die Überstunden an Abenden und an Sonntagen, die die Beschäftigten leisten mussten, machten ca. 150 Stunden pro Monat aus. Bei Zahlung des Mindestlohnes und der gesetzlich verankerten Überstundenzuschläge hät-

ten die Beschäftigten eine reine Lohnleistung von knapp 1.570 Yuan (entspricht knapp 148 Euro) erhalten müssen, real erhielten sie aber zwischen 1.200 und 1.300 Yuan (= 113 bis 122,50 Euro) inklusive aller Sonderzulagen (wie z.B. Wohngeld).

Der Zwang zu Überstunden sowie die Verweigerung des rechtmäßigen Lohnes verstößt sowohl gegen das chinesische Arbeitsrecht als auch gegen die Sozialstandards, deren Einhaltung Adidas von seinen Zulieferfirmen einfordert.

Adidas hat allerdings nicht nur diese Zustände unkommentiert hingenommen. Zusätzlich hat Adidas den Menschenrechtsbeauftragten, den es bei Shun Da im Auftrag von Reebok gab, nicht ersetzt bzw. übernommen, und von Shun Da eine Verschlinkung der Produktion gefordert, was die Arbeitsinten-

sität stark steigen ließ: So sollen beispielsweise in einem Bereich, in dem zuvor 90 Personen in einer Produktionslinie beschäftigt waren, jetzt noch 30 bis 40 Personen den gleichen Output bringen. Adidas führte die Förderung gewerkschaftlicher Arbeit bei Shun Da, die Reebok seit 2002 betrieb, nicht fort. 2002 wurden mit massiver Unterstützung Reeboks Betriebsratswahlen durchgeführt. Der damals gewählte Betriebsrat zeigte sich nach anfänglichen Erfolgen für die Beschäftigten allerdings relativ untätig. Bei einer Befragung im März 2007 warfen Arbeiter der Firma dem Betriebsrat vor, nichts für die Interessen der Belegschaft und gegen die ständigen Verschlechterungen zu tun und „gehorsam“ gegenüber dem Management zu sein. Im November 2007 hätte sich der Betriebsrat Neuwahlen stellen müssen, schien aber bis Frühsommer 2007 lediglich eine interne Auswahl neuer Betriebsratsmitglieder zu planen. An der Förderung einer demokratisch gewählten Interessenvertretung der Belegschaft hatte Adidas bis dahin kein Interesse gezeigt.

Keine Partnerschaft ohne Sozialstandards!

Rheinland-Pfalz ist Partnerland der chinesischen Provinz Fujian, in der Produkte für Adidas unter Missachtung von Arbeits- und Sozialstandards hergestellt werden. Seit 1989 besteht diese Wirtschaftspartnerschaft. Ende des Jahres 2004 wurde sie zu einer Umweltpartnerschaft erweitert. Arbeits- und Sozialstandards spielten in dieser Partnerschaft

bisher keine Rolle, obwohl sie Kernelemente der Armutsbekämpfung sind und Rheinland-Pfalz sich Armutsbekämpfung in der internationalen Zusammenarbeit auf die Fahnen geschrieben hat. Dies will ein Bündnis aus ökumenischen, gewerkschaftlichen und entwicklungspolitischen Organisationen in Rheinland-Pfalz ändern, denn der Erfolg einer Wirtschaftspartnerschaft misst sich nicht nur am wirtschaftlichen Erfolg, sondern gerade auch an den Bedingungen, unter denen dieser Erfolg erarbeitet wird. Das Ökumenische Netz beteiligt sich an diesem Bündnis.

Hintergrund

Shun Da ist der größte Sportschuhhersteller in der Fu Xing Investment Zone, einer Freien Exportzone, die zur Stadt Fuzhou in Fujian gehört. In den sog. Freien Exportzonen sind Firmen angesiedelt, die ausschließlich für den Weltmarkt produzieren und für die in der Regel ein spezielles Arbeits-, Steuer- und Zollrecht gilt. 1990 wurde Shun Da von der taiwanesischen Qing Lu Group gekauft.

Die Informationen in diesem Artikel wurden der Studie „Reebok's Chinese Trade Union Experiment: Five Years on. Update on the democratically elected union at the Shun Da Sporting Goods Corporation. Fuzhou City, China“ (Autor: Peter Lee, Quelle: <http://china-now.wordpress.com/2007/08/26/reebok%E2%80%99s-chinese-trade-union-five-years-on>, letzter Zugriff: 18.1.2008) entnommen.

S. Ferenschild



Der Film *China Blue* beschreibt eindrücklich die Arbeitsbedingungen in chinesischen Fabriken. Bezug: www.inkota.org. Foto: *bfilm*

Nachrichten aus der Region

Neue Hoffnung für die Armen – Ein Projekt aus Mayen

Anton Lang, Mitglied des Eine Welt Ladens Mayen, hat gemeinsam mit Menschen in Tansania eine Nicht-Regierungsorganisation (NRO) gegründet. Diese trägt den Namen „New Hope for the poor“ und hat sich die Unterstützung von Aids-Waisen zum Ziel gesetzt. Ihre Existenzsicherung unter anderem durch Mikrokredite für die Großeltern bzw. Personen, die die Waisen aufnehmen, versucht die NRO auf vielfältigen Wegen. Informationen zur Situation in Tansania, zu dem Projekt und zu möglichen Veranstaltungen an Grundschulen in unserer Region gibt die Homepage der NRO: www.new-hope-group.de



Kathrin, eine Witwe aus Kwasadala, hat fünf Waisenkinder aufgenommen. Sie wird von der New Hope Group unterstützt.

Trierer Sozialforum gegründet

Anfang Februar trafen sich erstmals in Trier verschiedene Gruppen aus dem Bereich sozialer Bewegungen, u.a. die Arbeitsgemeinschaft Frieden (AGF) und die Kath. Studierende Gemeinde (KSJ), um ein Sozialforum zu gründen.

Weitere Infos: www.agf-trier.de

Neuer Diskussionsprozess

Die letzte Netzversammlung, die Anfang Dezember in Bad Kreuznach stattfand, beschäftigte sich mit der Situation von Flüchtlingen und MigrantInnen in Rheinland-Pfalz. Siggie Pick, Ausländerpfarrer im Kirchenkreis An Nahe und Glan, berichtete aus seiner Arbeit. Die Diskussion seines Referates zu den verschärften Abschottungs- und Abschiebungsbemühungen, die sich in Rheinland-Pfalz am Abschiebeknast Ingelheim festmachen lassen, führte zu einer konkreten Verabredung: Analog zum Diskussionsprozess des Papieres „Das Ganze verändern“, den das Netz im Jahr 2004 initiierte, soll ein

Papier zum Thema „Migration und Flucht“ erarbeitet werden. Der Arbeitskreis Theologie und Politik übernimmt die Koordination – mit der Perspektive, dass der Netzversammlung des Herbstes 2008 (22.11.) das Papier zur Abstimmung vorliegen wird.

60 Jahre Pax Christi Friedensbewegung

Die Pax Christi Basisgruppe Nassau-Lahnstein lädt ein zur Besinnung und zum Gebet in der Krypta der Johanneskirche in Niederlahnstein. Die Krypta wird in den folgenden Monaten jeweils thematisch gestaltet sein:

- März 2008 Wasser zum Leben
- April 2008 solidarisch leben
- Mai 2008 ein Zuhause haben
- Juni/Juli 2008 Abenteuer – Leben
- August 2008 Chance zum Lernen

Fahrradtour im Jubiläumsjahr von pax christi vom 29.06.-05.07.2008.

Es werden Orte angefahren, die für die Friedensarbeit relevant sind. Folgende Route ist vorgesehen: Trier, Konzentrationslager Hinzert, Hermeskeil, Nonweiler (Munitionsfabrik), Lebach (Flüchtlingslager), Saarlouis Saarlandbrigade, Metz Geburtsort von Robert Schuman, St. Avold Soldatenfriedhof, Cattenom, Luxemburg Widerstandsmuseum, Echternach Monsanto,

Anmeldungen: Werner Schwarz, Tel.: (0 65 88) 77 60

Impressum:

Netz-Telegramm März 2008

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar

Redaktion: Sabine Ferenschild, Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes,
Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied,
Tel. (0 26 31) 35 41 40 · Fax (0180 50) 60 33 59 93 76
e-mail: info@oekumenisches-netz.de

Bankverbindung: Sparkasse Koblenz,
Kto. 40 001 877, (BLZ 570 501 20)

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse des eed, aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Auflage: 750

März 2008

Layout: Elke Wetzig, Köln

Druck: Knotenpunkt e.V., Buch

Mitglieder stellen sich vor: Bruno Sonnen

Ich bin Mitglied im Ökumenischen Netz Rhein-Mosel-Saar, weil Christen und Christinnen eine zentrale Verantwortung dafür haben, dass diese Welt nicht zum Teufel geht. Das heißt: Ich bin der festen Überzeugung, dass die Schöpfung Gottes nicht den Händlern des neoliberalen Kapitalismus überlassen werden darf, die unter Anbetung des Götzen Mammon die blindgierige Zerstörung dieser Schöpfung betreiben.

Was das für mich konkret heißt, will ich an einem Beispiel deutlich machen.

Am 3. März 2007 hat die Vollversammlung des Katholikenrates im Bistum Trier einstimmig den von seinem Sachausschuss „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (GFBSch)“ eingebrachten Antrag beschlossen. Dieser Antrag macht unter dem Motto „Ein andere Welt ist möglich: Das System aushungern – dem Leben Nahrung geben“ ein Fülle konkreter Vorschläge, wie Christenmenschen, Pfarrgemeinden und Gruppen sich „für eine gerechtere Welt vor dem Hintergrund der neoliberalen Globalisierung“ engagieren können.

Die Palette der vorgeschlagenen Aktivitäten und politischen Positionierungen reicht von der Verweigerung des Kaufs und Konsums von Billigwaren, die unter unwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen in den Ländern des Südens hergestellt werden (also auch: zum Beispiel Unterstützung der Kampagne für saubere Kleidung), über den Kauf von regionalen und fair gehandelten Produkten bis hin zum

politischen
Widerstand
gegen alle
Versuche
des weite-
ren Sozi-
alabbaus
und der
Demontage
des Sozial-
staats in
Deutschland -
vor dem Hinter-
grund eines
immer zügellose-
ren interna-
tional
agieren-
den
Kapita-

lismus, wie er im Gewand der sich alternativlos gerierenden neoliberalen Globalisierung daherkommt.

Dieser Beschluss des Katholikenrats – das höchste katholische Laiengremium im Bistum Trier - war auch Ergebnis eines Studientages mit Prof. Dr. Ulrich Duchrow und Prof. Dr. Franz Segbers, den der Katholikenrat kurz vorher zu dieser Thematik durchgeführt hatte. Dieser Studientag war federführend vom Sachausschuss GFBSch vorbereitet worden. In diesem Sachausschuss arbeiten Katholikenratsmitglieder und wegen ihrer Sachkompetenz berufene Mitglieder zusammen. Eines dieser Mitglieder ist Sabine Ferenschild vom Ökumenischen Netz.

Vernetzung ist wichtig

Was ich damit vor allem sagen will: Vernetzung ist wichtig, so wie es programmatisch schon im Namen des Ökumenischen Netzes aufklingt. Es gilt, alle Kräfte zu sammeln und zu bündeln und zu vernetzen, die darauf hoffen und daran glauben, dass eine andere, eine bessere, eine gerechtere, eine friedlichere Welt möglich ist – es gilt heute mehr denn je, der neoliberalen Raffgier-Ideologie die Vision des hier und jetzt anbrechenden Reiches Gottes, das ein Reich der Gerechtigkeit, des solidarischen Einstehens und des Friedens ist, entgegenzusetzen. Das Ökumenische Netz tut das. Deshalb bin ich dabei.

Dieses ist ein Beispiel von vielen aus meiner täglichen Arbeit und der Arbeit des Ökumenischen Netzes. Ich könnte viele weitere anführen.

Bruno Sonnen, im Hauptberuf Chefredakteur der Bistumszeitung „Paulinus“, ehrenamtlich Pfarrgemeinderatsvorsitzender, Mitglied im Katholikenrat des Bistums Trier und im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK).

P. S.: Wir Trierer haben im ZdK bei der Diskussion um die EU-Verfassung seinerzeit deutlich gemacht, dass wir weniger den nicht vorhandenen Gottes-Bezug beklagen als vielmehr die militaristische Grund-Orientierung des Textentwurfes. Dass der christliche Gott, so wie wir ihn erfahren haben, da keinen Platz hat, ist eher zu begrüßen als zu beklagen. Wir glauben an einen Gott des Friedens, nicht der militärischen Stärke.



Friedensbewegung: Truppen abziehen!

Verteidigungsminister ist nicht mutig, sondern gerissen

Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag

Kassel, 7. Februar - Zur Ankündigung des Verteidigungsministers, einen zusätzlichen Kampfverband der Bundeswehr nach Afghanistan zu entsenden, erklärte ein Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag in Kassel:

Verteidigungsminister Jung ist nicht "mutig", sondern allenfalls gerissen. Seine Einlassungen bei der am Mittwoch abgehaltenen Pressekonferenz haben die Forderungen von USA und NATO-Generalsekretär nach einem größeren Anteil der Bundeswehr im Afghanistankrieg keineswegs "zurückgewiesen". Vielmehr beschloss das Kabinett, eine Schnelle Eingreiftruppe mit einem eindeutigen Kampfauftrag in den Norden Afghanistans zu schicken. Alle Experten bestätigen die Einschätzung, dass die Lage im Norden des Landes zunehmend instabiler wird und die Kämpfe in den kommenden Monaten zunehmen werden. Die Unterscheidung zwischen einem umkämpften Süden und einem relativ "ruhigen" Norden lässt sich nicht mehr aufrecht erhalten.

Dennoch redet sich die Bundesregierung darauf hinaus, die Kampftruppe nur für gelegentliche Notoperationen (das ist das Wort für Gefechte) einzusetzen. Ansonsten besteht der Auftrag der deutschen ISAF-Truppe weiterhin darin, den Wiederaufbau in den Nordprovinzen militärisch zu schützen. Doch auch dies ist Augenauswischerei. Denn einmal verlangen gerade die vor Ort arbeitenden zivilen Hilfsorganisationen seit langem eine strikte Trennung von zivilem Aufbau und militärischem Einsatz. Und zum anderen ist die Bundeswehr fast ausschließlich damit beschäftigt, sich selbst zu schützen. Die wenigsten Soldaten verlassen ihre hermetisch abgeriegelten Stützpunkte. Zivile Hilfe findet überwiegend ohne Militär statt.

Wir widersprechen dem Verteidigungsminister auch, wenn er behauptet, die Entsendung der Kampftruppe sei vom bisherigen ISAF-Mandat des Bundestags gedeckt. Das zuletzt am 12. Oktober 2007 verlängerte Mandat enthält weiterhin die Hauptziele "Wie-

deraufbau" und "Stabilisierung" des Landes. Von offensiver Bekämpfung feindlicher Ziele ist nirgends die Rede. Der Kampfauftrag geht somit eindeutig über das bisherige Mandat hinaus. Wir kommen zu dem Schluss, dass die Bundesregierung mit ihrer Behauptung eine neuerliche Debatte im Bundestag vermeiden will.



Den Bundestag fordern wir auf, seiner Kontrollpflicht nachzukommen und zu verlangen, dass der Einsatz der Schnellen Eingreiftruppe im Parlament behandelt wird.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:

Peter Strutynski Kassel

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afghanistan/baf-o8-o2.html>

Die Friedensbewegung lädt ein zu einem Internationalen Afghanistan-Kongress am 7./8. Juni 2008 in Hannover. Der Kongress steht unter dem Motto: „Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan!“

Mit Expertinnen und Experten aus dem In- und Ausland, mit Betroffenen aus Afghanistan, mit Kriegsverweigerern und Friedensaktivisten aus Europa und Übersee wollen wir den Lügen und Verdrehungen der herrschenden Politik von Washington bis Berlin entgegen treten und dem weltweiten Widerstand gegen den Krieg eine Stimme verleihen.

Tradition der Hunsrücker Ostermärsche

Ausstellung im Haus der regionalen Geschichte auf der Unterburg in Kastellaun

Die Ausstellung zeigt Plakate, Bilder und Dokumente der Ostermärsche im Hunsrück. Von 1982 bis 2006. Die Ausstellung ist vom 8. März bis 1. Juni 2008 zu sehen.

Weitere Infos: www.unterburg-kastellaun.de

Veranstalter: Verein für friedenspolitische und demokratische Bildung e.V.

c/o Heidrun Kisters
Schulstr. 20, 55481 Kirchberg
Tel. (0 67 63) 46 14
eMail: heidrun.kisters@t-online.de



Foto: Achim Berg, Wikipedia. Lizenz: GNU FDL

Friedensstammtisch

jeden ersten Mittwoch im Monat um 20.00 Uhr im ev. Gemeindehaus in Bell

Zum Nachlesen und Vertiefen:

Friedensinitiative Rhein-Hunsrück im Internet:
www.FI-Hunsrueck.de (noch im Aufbau)
Das Hunsrück-Forum im Internet als Komplettausgabe:

www.Hunsrueck-Forum.de



April

Di 1.4., 20h, Weltladen der AGF, Trier, Pfützenstr. 1

Politik im Weltladen: Die Streubombenfabrik Diehl in Nonnweiler

Referent: Werner Schwarz / Pax Christi

Veranstalter: AGF, Friedens- und

Umweltzentrum, Pfützenstr.1, 54290 Trier, Tel 0651/9941017

2.4., 19h, Weltladen Andernach

Globales Spiel um Knopf und Kragen

Referentin: Sabine Ferenschild / Ökumenisches Netz

Veranstalter: Weltladen Andernach

11.-13.4, Warburg-Germete (Westf.),

"ANDERS BESSER" LEBEN UND GEWALTFREIE KOMMUNIKATION

ReferentIn: Monika Flörchinger und Klaus-Peter Kilmer-Kirsch (beide zertifizierte GFK-Trainer, sie leben in der Kommune Niederkaufungen).

Veranstalter: Ökumenische Initiative Eine Welt

Kosten: 135 Euro (Studierende und ALG II-EmpfängerInnen: 100 Euro) für Unterkunft, Verpflegung und Teilnahmegebühr

Anmeldung: schriftlich bis 10. März 2008, Ökumenische Initiative Eine Welt e.V., Mittelstr. 4, 34474 Diemelstadt-Wethen, Tel: 05694-1417 Fax:

05694-1532 eMail: info@oeiew.de Web: www.oeiew.de/oi-cms/news-230.html unter Anzahlung von 30 Euro auf Konto 915 300, BLZ 523 600 59 (Waldecker Bank).

15.4., 19.30h, Christuskirche Koblenz

Sozialforum Koblenz. Thema: Zwischen Verzweiflung und Widerstand

Indien und die Globalisierung

Referent: Gerhard Klas / Rheinisches JournalistInnenbüro Köln

Infos: Netzbüro

17.4., 19.30h, KHG Koblenz, Rheinau 12

Evo Morales – Hoffnung auf eine neue Gesellschaft? Bolivien zwischen Reform und Widerstand

Referent: Gert Eisenbürger, Infostelle Lateinamerika / Bonn

Veranstalter: KHG Koblenz

26.-27.4., Weltladen der AGF, Pfützenstr.1, Trier

Einführung Gewaltfreie Kommunikation. Eine Sprache des Lebens nach Marshall Rosenberg

Veranstalterinnen: Trainerinnen Christa Buschbaum, Karla Quint mit Unterstützung der AGF. Ausführliche Infos und Flyer bei der AGF,

Anmeldungen an Christa Buschbaum Niederweilerweg 19, 55487 Laufersweiler. Kosten: 150,00 Euro

24.4., 20h, Ev. Gemeindehaus Pfalzfeld, Kirchstr. 2

Ist die Iran-Krieg-Gefahr gebannt?

Öffentlicher Gemeindeabend mit Clemens Ronnefeldt (München), Referent für Friedensfragen beim Deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes

Mai

6.5., 20h, Weltladen der AGF, Trier, Pfützenstr. 1

Politik im Weltladen: Der Kampf für Demokratie und Menschenrechte in Südostasien – Beispiel Burma.

Referat: Dr. Patrick Ziegenhain, Politikwissenschaft Universität Trier

Veranstalter: AGF Trier

15.5., 19.30h, KHG Koblenz, Rheinau 12 Mordsgetränk. Coca Cola und der Krieg gegen die Gewerkschaften in Kolumbien

Referent: N.N. (Mitglied der kolumbianischen Gewerkschaft SINALTRAINAL)

Veranstalter: KHG Koblenz

Juni

1.6., 18.00 h, Johanneskirche / Niederlahnstein

Abendmesse, gestaltet von der Pax Christi Gruppe Nassau-Lahnstein anlässlich 60 Jahre Pax Christi

3.6., 20h, Weltladen der AGF, Trier Pfützenstr. 1

Politik : Biosprit, wie eine gute Idee Mensch und Umwelt zerstören kann, Beispiel Palmöl

Referat: Dipl. Geogr. Birgit Engel ASTM

Veranstalter: AGF Trier

7./8.6., Hannover

„Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan!“ Internationaler Afghanistan-Kongress

Infos und Anmeldung: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/Welcome.html>

8.6., 18.00h, St. Kastor / Koblenz

Jugendgottesdienst „Abenteuer Leben“ Jugendliche hier und um uns herum...

14.6., 9.30-16h, KHG Koblenz, Rheinau 12 „Weltladen und / oder soziale Bewegung – Welche Rolle spielen die Weltläden in der globalisierungskritischen Bewegung?“

Netzversammlung mit den Referenten: Guido Groß / KHG Koblenz und Niklas Reese / Philippinenbüro, Uni Bonn
Infos: Netzbüro

Vorschau:

12./13.9., Gemeindehaus Marktkirche, Neuwied

Ökologische Grenzen kapitalistischen Wirtschaftens – Von Biosprit, Zerstörung der Regenwälder und Konsum ohne Grenzen (Arbeitstitel)

Veranstalter: GMÖ, Institut Südwind, Solidarische Kirche im Rheinland, Ökumenische Netze Mittelrhein und Rhein Mosel Saar
Infos: Netzbüro